

Landkreis Friesland

Niederschrift

über die 10. öffentliche Sitzung des Kreistages des Landkreises Friesland am
Montag, 16. Dezember 2013, im Saal des „Tivoli“ in Varel, Windallee 21

Beginn: 14:30 Uhr

Ende: 17.17 Uhr

Anwesend

Mitglieder

Ambrosy, Sven
Bastrop, Heide
Brunken, Rainer
Burgenger, Uwe
Busch, Thomas
Buß, Manfred
Böcker, Rudolf
Bödecker, Anne
Chmielewski, Iko
Damm, Jens
Eilers, Claus
Funke, Karl-Heinz
Gburreck, Fred
Gerdes-Borreck, Matina
Harms, Siegfried
Husemann, Horst-Dieter
Janßen, Dieter
Just, Janto
Kaiser-Fuchs, Marianne
Kujath, Dörthe
Kühne, Lars
Lies, Olaf
Loers, Diedrich
Neugebauer, Axel
Nieraad, Peter
Onnen-Lübben, Reinhard
Ostendorf, Heinrich
Osterloh, Uwe
Pauluschke, Bernd
Polenz, Dirk von
Ralle, Elfriede
Ramke, Michael
Ratzel, Gerhard
Recksiedler, Raimund
Rost, Wilfried
Schlieper, Ulrike
Sieckmann, Heinke

Tammen, Reiner
Vehoff, Frank
Wilken, Wilhelm
Zielke, Gustav
Zillmer, Dirk

Angehörige der Verwaltung
Dehrendorf, Martin Dr.
Gerdes, Gerda
Rohlf-Jacob, Elke
Klug, Sönke
Vogelbusch, Silke

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Kreistagsvorsitzender Pauluschke eröffnete die Sitzung und hieß alle Anwesenden willkommen.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Herr Pauluschke stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Herr Spiekermann lasse sich aus gesundheitlichen Gründen entschuldigen; man wünsche ihm von dieser Stelle aus gute Genesung.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Kreistagsabgeordneter Harms beantragte, TOP 6.2.7 „KGST-Gutachten Wilhelmshaven-Friesland“ abzusetzen. Es sollte keine Entscheidung in der Sache getroffen werden, bevor nicht das Votum aus Wilhelmshaven vorliege.

Herr Vehoff schloss sich namens der CDU-Fraktion dem Absetzungsantrag an. Am 18. Dezember tagte der Wilhelmshavener Stadtrat. Jede Beschlussvariante sei aus heutiger Sicht falsch. Bei Entscheidung für B) müsse man erklären, warum man gegen Alternative A) sei; außerdem indiziere man damit von vornherein, dass Wilhelmshaven eine Einkreisung auf jeden Fall ablehnen werde. Zunächst aber sollte die dortige Entscheidung abgewartet werden.

Auch KTA Chmielewski verlangte die Absetzung des Tagesordnungspunktes. Der Wilhelmshavener Oberbürgermeister zitierte lt. Presse aus der Kreisausschuss-Sitzung und schiebe Friesland den Schwarzen Peter für die offenbar beabsichtigte Beschlussfassung der Variante B) zu. - Herr Chmielewski beantragte alternativ, der Kreistag möge – sollte der TOP nicht abgesetzt werden - in der Reihenfolge zu A) und B) über beide Beschlussvorschläge abstimmen.

KTA Schlieper erklärte, wenn man heute die Variante B) beschließe, sei allen klar, dass dadurch Vorschlag A) keinesfalls ausgeschlossen sei. Die Arbeit beginne jetzt

erst, wenn man sich auf einzelne Projekte konzentrierte und konkret die Zusammenarbeit auslotete. Sollte Wilhelmshaven später zu der Auffassung gelangen, einer Einkreisung zustimmen zu können, so sei dieser Schritt auch dann noch möglich. Solche positiven Signale aus Wilhelmshaven fehlten bislang völlig; trotzdem könne über eine gemeinsame sachliche Arbeit die Erkenntnis gewonnen werden, dass sie einen Weg für eine Intensivierung eröffne.- Die Gruppe SPD-Bündnis 90/Die Grünen plädierte dafür, heute zu TOP 6.2.7 zu beschließen.

Namens der BfB-Fraktion unterstützte Herr Just den Absetzungsantrag. Wenn der Kreistag heute die Beschlussvariante B) verabschiede, erfolge ebenso wenig ein positives Signal aus Friesland. Es mache einen schlechten Eindruck, Wilhelmshaven die Schuld an der heute beabsichtigten Verabschiedung der Variante B) zuzuschreiben. Allenfalls sei heute ein Beschluss gemäß Vorschlag A) möglich, nicht aber zu B) mit dem Hinweis, die Haltung Wilhelmshavens sei hieran schuld.

Kreistagsabgeordneter Funke erklärte, die aus den derzeitigen Presseverlautbarungen ablesbare Situation lasse es nicht zu, heute einen Beschluss herbei zu führen. Es stelle sich die Frage, ob es für eine Beschlussfassung zum Thema „Einkreisung“ überhaupt eine identitätsstiftende Grundlage in der Bevölkerung gebe.

Kreistagsvorsitzender Pauluschke ließ über den Antrag zur Absetzung von TOP 6.2.7. von der Tagesordnung abstimmen. Bei 19 Ja-, 22 Gegenstimmen und 1 Enthaltung wurde der **Antrag abgelehnt**. Die Tagesordnung wurde in der übersandten Form festgestellt.

Herr Pauluschke bat sodann alle Anwesenden, sich von den Plätzen zu erheben. Er verlas einen Nachruf auf den im Dezember verstorbenen früheren Kreistagsabgeordneten Johann Tjarks, Horumersiel. Der Kreistag gedachte des Verstorbenen in einer Schweigeminute.

Bürgermeister Wagner hieß den Kreistag in Varel willkommen. Er dankte für den Kreiszuspruch zugunsten des Projektes Welterbeportal in Dangast sowie die Unterstützung für das Projekt seitens des Nds. Wirtschaftsministeriums. Die Stadt hoffe in den nächsten Tagen auf positive Rückmeldungen hinsichtlich der eingegangenen Beschwerden, so dass man das Hauptprojekt „Dangast“ weiter durchführen könne.

Möglicherweise werde man sich in Kürze im neuen, sehr gelungenen Kreisdienstleistungszentrum Varel wiedersehen, das u. a. auch dank von der Stadt abgerufener EU-Förderung habe verwirklicht werden können.

Dem Landkreis Friesland gehe es gut. Die Kreisumlage zahle man gern, weil Städte und Gemeinden daraus über Maßnahmen und Projekte etwas zurück erhielten.

Der Sitzung wünsche Bürgermeister Wagner einen guten Verlauf, allen Anwesenden schöne Weihnachten und alles Gute für das neue Jahr.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 6. November 2013

Die Niederschrift wurde genehmigt.

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Herr T. aus Zetel meldete sich zu Wort. Auf dem Gelände des Schulmuseums Bohlenbergerfeld sei eine Fledermauskolonie vorhanden gewesen. Im Rahmen der dortigen Sanierungsmaßnahmen seien die Löcher jedoch verschlossen worden, so dass ein Flugverkehr der Tiere nicht mehr möglich gewesen sei und die Fledermäuse verschwunden seien. Es stelle sich für ihn die Frage, wohin sich die Tiere verzogen hätten.

Landrat Ambrosy erklärte, das Gebäude sei Eigentum der Gemeinde Zetel. Er nehme die Anfrage von Herrn T. mit und werde die Frage durch Gemeinde und Untere Naturschutzbehörde klären lassen.

- - - -

Herr E. aus Varel verwies auf das aus dem für Friesland/Wilhelmshaven erwartete Einsparpotenzial durch den Abbau von Doppelstrukturen. Er hinterfragte, welche Planungen es für derartige Kosteneinsparungen gebe, falls es nicht zu einer Einkreisung komme.

Landrat Ambrosy erklärte, es gebe derartige grundsätzliche Überlegungen. Im Rahmen der kommunalen Zusammenarbeit der vergangenen Jahre habe man immer Lösungen gefunden, die einen Abbau von Doppelstrukturen und Personalkostensenkungen nach sich zogen. Im Verhältnis zur Variante A/Einkreisung werde eine Verstärkung von Kooperationen naturgemäß geringer anzusetzende Einsparungen mit sich bringen. Nähere Details blieben der zum anstehenden Tagesordnungspunkt zu erwartenden Diskussion vorbehalten.

TOP 6 Öffentliche Berichte und Vorlagen

TOP 6.1 - aus dem Kreisausschuss vom 20. November 2013

TOP 6.1.1 Landschaftsschutzgebiet "Feldhausen-Barkel" (UA 07.11.) Vorlage: 0368/2013

Gemäß Empfehlung des Kreisausschusses – TOP 3.1.1. der Niederschrift vom 20.11.2013 – fasste der Kreistag folgenden

Beschluss:

Dem Erlass der der KA-Niederschrift beigefügten Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Feldhausen-Barkel“ in der Stadt Schortens wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 6.2 - aus dem Kreisausschuss vom 11. Dezember 2013

**TOP 6.2.1 Jahresabschluss des Landkreises Friesland für das Haushaltsjahr 2009; Beschluss über den Jahresabschluss und die Entlastung des Landrats (WTKF 04.12.)
Vorlage: 0387/2013**

Der Kreistag nahm TOP 3.1.1 der KA-Niederschrift vom 11. Dezember 2013 zur Kenntnis und beschloss wie folgt:

Beschluss:

- 1.) Dem Jahresabschluss 2009 des Landkreises Friesland wird in der vorgelegten Fassung zugestimmt.
- 2.) Die Überschüsse des ordentlichen und des außerordentlichen Ergebnisses des Haushaltsjahres werden gem. Art. 6 Abs. 9 des Gesetzes vom 15.11.2005 mit dem Sollfehlbetrag aus Vorjahren verrechnet.
- 3.) Dem Landrat wird gem. § 129 Abs. 1 NKomVG Entlastung erteilt.
- 4.) Der Gewährung eines Liquiditätsdarlehens in Höhe von 70.000 Euro für die Zeit von 2009 bis 2011 und von 50.000 Euro ab 22.11.2012 an den Zweckverband Schloss- und Heimatmuseum Jever wird zugestimmt; die Darlehen wurden bzw. werden marktüblich verzinst.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Landrat Ambrosy nahm an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

**TOP 6.2.2 Leitlinien des Kreistages des Landkreises Friesland in der Fassung vom 25.06.2001 für die Gewährung von Zuschüssen für die Errichtung und Erweiterung von Fremdenverkehrseinrichtungen; hier: Antrag des KTA Chmielewski vom 01.10.2013 auf Änderung (WTKF 04.12.)
Vorlage: 0388/2013**

Der Antrag liegt den Fraktionen zur Beratung vor. - Der Kreistag nahm Kenntnis. KTA Chmielewski verzichtete auf Ausführungen.

**TOP 6.2.3 Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) des Landkreises Friesland (Aufstellungsbeschluss; Beschluss über die Bekanntmachung der allgemeinen Planungsabsichten) - WTKF 04.12.
Vorlage: 0385/2013**

Entsprechend dem Votum des Kreisausschusses – sh. TOP 3.1.3 der Niederschrift vom 11. Dezember 2013 – beschloss der Kreistag wie folgt:

Beschluss:

1. Der Landkreis Friesland beschließt die Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms (Aufstellungsbeschluss).
2. Der Kreisverwaltung, hier: der Regionalplanung, wird dementsprechend der Auftrag erteilt, fristgerecht die allgemeinen Planungsabsichten zur Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms des Landkreises Friesland öffentlich bekannt zu machen und das Verfahren zur Neuaufstellung einzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 6.2.4 Freistellungsentscheidung für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse im Rahmen eines Betrauungsaktes bei Beteiligungen der Kommunen nach Bestimmungen des EU-Rechts; hier: Volkshochschule/Musikschule FRI/WTM (WTKF 04.12.)
Vorlage: 0384/2013**

Der Kreistag nahm TOP 3.1.4 der KA-Niederschrift vom 11. Dezember 2013 zur Kenntnis und fasste folgenden

Beschluss:

Die Volkshochschule/Musikschule der Landkreise Friesland und Wittmund gGmbH wird

- im Geschäftszweig „Volkshochschule“ mit der Wahrnehmung des gesetzlichen Auftrages zur Weiterbildung nach dem Niedersächsischen Gesetz zur Förderung der Erwachsenenbildung (NEBG) und

- im Geschäftszweig „Musikschule“ gemäß Richtlinien und Vorgaben des Verbandes deutscher Musikschulen (VdM) mit der Durchführung von Angeboten der musikalischen Bildung

betraut.

Die Verwaltung wird beauftragt, den Betrauungsakt in der der Vorlage bzw. dem Fachausschuss-Protokoll beiliegenden Fassung abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 6.2.5 Stellenplan 2014 (Vorlage sh. TOP 3.1.1/nichtöffentliche Sitzung)

Kreistagsvorsitzender Pauluschke rief die Tagesordnungspunkte 6.2.5 und 6.2.6 gemeinsam auf.

Die Inhalte der Aussprache sind unter TOP 6.2.6 aufgeführt.

Beschluss:

- sh. unter TOP 6.2.6 / Haushalt 2014 -

TOP 6.2.6 Haushaltsplan (Ergebnis- und Finanzhaushalt) inkl. Stellenplan und Haushaltssatzung 2014 (WTKF 04.12.)

Kreistagsabgeordnete Schlieper führte aus, der Landkreis Friesland sei auf sehr gutem Wege; der Indikator „Arbeitslosenquote“ habe sich von 7,5 % im Januar 2013 auf 5,9 % im November verbessert. Beide Werte lägen unterhalb der Vorjahresquoten.

Im Mittelpunkt der Haushaltsberatungen 2014 habe die Ausgewogenheit der drei Säulen Konsolidierung/ Investitionen/Schuldenabbau gestanden. Diese Balance sei gelungen: In Friesland werde kräftig investiert, die Verwaltung gehe sorgsam mit den verfügbaren Mitteln um, und es werde Schuldenabbau betrieben.

Der sechste ausgeglichene Haushalt in Folge enthalte 6,2 Mio. Euro für Bauunterhaltung und Modernisierung an den kreiseigenen Schulen. Für die rot/grüne Mehrheitsgruppe seien die Bereiche Schule, frühkindliche Bildung, Frühförderung sowie Bildung und Betreuung insgesamt immerwährende Schwerpunkte der Arbeit. Auch wenn in 2014 viele größere Baumaßnahmen zum Abschluss gelangten, werde man auch weiterhin viel Geld an die Hand nehmen müssen, um insbesondere die frühere Förderung von Kindern und Jugendlichen zu gewährleisten.

Leider sei feststellbar, dass die Mittel für die Jugendhilfe immer noch im Ansteigen begriffen seien. Es gelte also zu überlegen, wann und wie man Kindern frühestmöglich fördere und auf den richtigen Weg bringe, damit eine spätere Unterbringung im Rahmen der Jugendhilfe vermieden werden könne. Weiterhin werde man auf qualitativ und quantitativ anspruchsvolle Betreuung und Bildung im gesamten Kreis

Friesland hin arbeiten. Mit den Städten und Gemeinden werde man auf diesem Weg zukünftig noch enger zusammen arbeiten.

Erfreulicherweise nehme der Punkt „Bildung“ auch in der Priorität der nds. Landesregierung einen hohen Stellenwert ein. Bisherige Hürden seien gefallen, so dass man in der künftigen Arbeit mehr als bisher auf den Elternwillen in Friesland eingehen könne.

Das Thema „Studienseminar“ im Landkreis Friesland werde die Mehrheitsgruppe gegenüber der Landesregierung weiter vertreten und verfolgen. Wer als Lehrkraft an Schulen des Landkreises erfahren habe, dass in Friesland eine gute Lebensqualität geboten werde, kehre möglicherweise hierher zurück. So könne einem Fachkräftemangel möglicherweise eher begegnet werden, als wenn Lehrer ihre Ausbildung ausschließlich in großen Städten erhielten und keine Berührung mit dem ländlichen Raum bekämen. – Frühe Förderung, Schulsozialarbeit, enge Kooperation mit der Bildungsregion – all das seien Themen für die SPD/Grüne-Gruppe in 2014.

Mit dem neu geschaffenen Pflegestützpunkt für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger werde man sich demnächst intensiver befassen. Die Beratungsstruktur für die Älteren in der Bevölkerung verbessere sich durch dieses Angebot, das hoffentlich gut angenommen werde.

In allen Städten und Gemeinden investiere der Landkreis ordentlich. Insgesamt übersteige der Rückfluss an die Kommunen die von ihnen an den Kreis gezahlten Mittel um 13 Mio. Euro.

In den Straßenausbau werde man in 2014 1,9 Mio. Euro investieren. Hinsichtlich des Radwegebaues wünsche man sich mehr finanzielle Möglichkeiten; die Summe von 440.000 Euro sei für die touristische Region aber dennoch ein wichtiger Aspekt.

Das neue Kreisdienstleistungszentrum in Varel ermögliche es, Verwaltungsdienstleistungen vor Ort erbringen zu können. Arbeitsstrukturen und -abläufe seien für das neue Gebäude anzupassen gewesen. Den vom Umzug betroffenen Abteilungen gelte ein herzlicher Dank für die zusätzlich geleistete organisatorische und planerische Arbeit.

In ihren Beratungen habe die Gruppe SPD-Bündnis 90/Die Grünen den Haushalt 2014 für grundsätzlich solide erachtet. Man habe darin einige Schwerpunkte gesetzt. Es bestehe der Wunsch, dass der Landkreis Friesland der historischen Bedeutung der jüdischen Kultur im Kreis Rechnung trage. Dafür sei eine Anschubfinanzierung in den Haushalt eingestellt worden. In Neustadtgödens, wo auch heute noch das Gebäude der Synagoge stehe, sei die dort gezeigte Ausstellung am besten aufgehoben. Sie solle erweitert werden und dauerhaft dazu anregen, die jüdische Kultur einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen.

Auch das Projekt „Fernwärme für Wiefels“ sollte auf Wunsch der Gruppe unbedingt wieder belebt werden. Die Bürgerinitiative in Wiefels habe mehrmals versucht, das Projekt voran zu bringen. Damit es sich rechne, müssten jedoch mehr als 70 Haushalte den Antrag auf Fernwärmeleitung stellen und sie mit finanzieren. Diese Quote werde leider bislang nicht erreicht. Es sei allerdings verständlich, wenn insbesondere ältere Menschen vor den Investitionen zurück schreckten. Die evangelische Kirche habe bereits ihr Interesse am Bezug von Fernwärme für die Kirche in Wiefels signalisiert. Im Haushalt 2014 seien zur Wiederbelebung des Vorhabens 20.000 Euro eingestellt worden.

Weitere 10.000 Euro stelle man über den Haushalt für Selbsthilfe- und Beratungsgruppen im Landkreis zur Verfügung. Immer wieder gebe es im Bereich niederschwelliger Angebote Anträge solcher Organisationen, durch die eine entscheidende Beratungslücke geschlossen werde. Der Sozialausschuss sollte vor diesem Hintergrund zukünftig über 10.000 Euro verfügen und die Mittel an entsprechende Organisationen vergeben. Bis Ende März sollten dazu Anträge gestellt werden können.

Das Feuerwehrmuseum Jever wolle man mit 10.000 Euro unterstützen. Dort werde viel ehrenamtliche Arbeit erbracht. Der Anbau könne allein durch Spenden nicht finanziert werden; der Landkreis sollte sich daher an den Kosten beteiligen.

Der Landkreis Friesland sei nach wie vor verschuldet und nehme von 38 niedersächsischen Landkreisen mittlerweile Platz 30 in der Schulden-Rangordnung ein; in Vorjahren habe man bereits den letzten Platz besetzt. Ein Abbau der langfristigen Schulden um 9,5 Mio. Euro seit dem Jahr 2000 könne sich sehen lassen, wobei sich ohne Zweifel alle eine noch höhere Entschuldung wünschten. Es gelte jedoch, die Balance zwischen Investitionen und Schuldenabbau zu gewährleisten.

Auf Platz 1 der Schuldenstatistik liege der Landkreis Goslar mit einer pro-Kopf-Verschuldung von 94,73 Euro. Der Heidekreis auf Platz 38 verzeichne 743,-- Euro pro Einwohner. In Friesland liege die pro-Kopf-Verschuldung bei 602 Euro. Die Politik des konsequenten Schuldenabbaus werde man auf jeden Fall weiter betreiben.

Die CDU-Fraktion habe beantragt, mehr Schulden abzubauen als es der erste Haushaltsentwurf mit 1,1 Mio. Euro vorgesehen habe. Die Gruppe SPD/Grüne habe die Verwaltung daraufhin um Prüfung geben, wo verantwortbar und möglichst „schmerzlos“ eine zeitliche Verschiebung von Projekten machbar sei. Für die betroffenen Schulen sei es naturgemäß enttäuschend, wenn die Realisierung eines Fachraums oder die Sanierung einer Dachfläche um ein Jahr verschoben werde. Es handele sich jedoch um Maßnahmen, deren spätere Verwirklichung vertretbar sei. Für den Haushalt 2014 werde dadurch ein größerer Schuldenabbau und damit eine breite Mehrheit erreicht. Die Schuldentilgung umfasse nun 2,2 Mio. Euro.

Die Gruppe werde Haushalt und Stellenplan 2014 zustimmen unter Berücksichtigung der im Kreisausschuss vorgetragenen und verabschiedeten Änderungen. Sie bedanke sich namens der Gruppe, so Frau Schlieper, für die konstruktive Diskussion. Es sei nicht überall selbstverständlich, dass man mit einander spreche und Kompromisse eingehe; dies zeichne die Arbeit im Kreistag aus. So mache es Freude, Politik zu gestalten.

Kreistagsabgeordneter Vehoff erklärte, der Haushalt 2014 sei durch hohe Einnahmen gekennzeichnet. Die hohe Kreisumlage sei Ausdruck der Leistungsfähigkeit der Städte und Gemeinden und dem Umfeld der zurzeit niedrigen Zinsen. Der Haushaltsentwurf sei ausgewogen, da er Punkte im Bereich Soziales, Jugendarbeit, Investitionen usw. enthalte, die von der breiten Mehrheit getragen würden. In diesen Zeiten müsse der Landkreis – auch gegenüber seinen Städten und Gemeinden – ein Zeichen setzen, dass etwas zum Abbau der Schuldenlast unternommen werde. Ein Dank gehe an die Verwaltung, mit der gemeinsam man Vorschläge erarbeitet habe, so dass die Schuldensenkung gegenüber dem ursprünglichen Entwurf habe

verdoppelt werden können. Der Haushalt biete nun keine „Luft“ mehr; trotzdem komme man aber seiner Verantwortung nach und tilge mehr Schulden. Teilweise habe man dafür momentan schmerzhaft Einschnitte vornehmen müssen; die in Rede stehenden Maßnahmen würden jedoch lediglich mit Maß und Verantwortung geschoben. Man sei bereit, diese „Schmerzen“ zu verantworten, um einen breiten Konsens zu erreichen.

Die für die Feuerwehrtechnische Zentrale eingebrachten Gelder trage man mit. Die Fraktion sei aber nicht davon überzeugt, dass in diesem Bereich die Kooperationsmöglichkeiten mit Wittmund und Wilhelmshaven genügend ausgelotet seien. Die Fraktion beantrage daher, vor einer Freigabe der Gelder und vor Schaffung nicht rückholbarer Fakten nochmals intensiv mit beiden Kommunen Kontakt aufzunehmen, um durch eine Kooperation Gelder zu sparen und ein interkommunales Projekt zu schaffen.

Die niedersächsische Landesregierung habe das Wahlversprechen abgegeben, die vom Bund bereit gestellten Gelder für die Grundsicherung auch 1 : 1 an die Kommunen weiterzuleiten. Weiterhin werde aber ein Teil der Gelder einbehalten. Diese Mittel fehlten den Landkreisen, Städten und Gemeinden. Es sollten, so Herr Vehoff, alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, damit die rot/grüne Landesregierung ihr Wahlversprechen einhalte.

Zum Thema „Inklusion“ sei nicht einzusehen, dass man Stellen schaffen müsse, um den Schulen zu helfen. Hier müsse das Land Niedersachsen in die Bresche springen. Es habe ein Gesetz mit entsprechenden Vorgaben verabschiedet und müsse nun dafür sorgen, dass die Kosten nicht allein von den Kommunen zu tragen seien.

Das Land erkenne zwar an, dass es im Bereich „Schulsozialarbeit“ einen Teil der Verantwortung trage. Man erwarte daher auch die Bereitstellung von Landesmitteln, denn Schulsozialarbeit sei pure Prävention und entlaste in vielen Bereichen. An Minister Lies und Landrat Ambrosy ergehe die Aufforderung, dieses Anliegen in Hannover vorzutragen, damit man in der Sache voran komme.

KTA Chmielewski danke der Verwaltung für die Bereitschaft, auch den kleinen Fraktionen und Gruppen den Haushaltsentwurf 2014 vorzustellen und Erläuterungen zu geben. Bis zu den Haushaltsklausuren sei er von dem Entwurf überzeugt gewesen, da man auch fast alle zugrunde liegenden Beschlüsse mitgetragen habe.

Diese Bewertung habe sich grundlegend geändert aufgrund der Vereinbarung zwischen CDU-Fraktion und SPD/Grüne-Gruppe, durch die in einer Hau-ruck-Aktion die Schuldentilgung um rd .1 Mio. Euro erhöht werde. In den Wortbeiträgen werde dies als toller Erfolg dargestellt.

Tatsächlich handele es sich jedoch hinsichtlich der Investitionen um eine „Null-Nummer“. Man spare nicht etwa an Prestigebauten, die entbehrlich seien, sondern es gehe um wichtige Maßnahmen, die der Bildung zugute kämen und deren Schieben um ein Jahr nichts bewirke. Die Kosten würden lediglich ins Jahr 2015 transferiert. Ein niedrigerer Zinsmarkt als derzeit sei kaum zu erwarten; fraglich sei daher, warum man Maßnahmen verschiebe, deren spätere Konditionen nicht abzuschätzen seien. Ebenso sei unsicher, ob die Investitionen dann noch zum ursprünglichen Kostenvolumen zu verwirklichen seien. Unverständlich sei, warum man nicht im Haushalt belasse, was man im Laufe des Jahres 2013 als gut und richtig beschlossen habe. - Die CDU, so Herr Chmielewski, sei nach seiner

Auffassung eine wirtschaftlich denkende Partei; die vereinbarte Einsparung sei für ihn nicht nachvollziehbar.

Viel gravierender sei aber, dass weitere 200.000,-- Euro im Stellenplan gekürzt würden. Landrat Ambrosy habe erklärt, man werde die Besetzung von Stellen später vornehmen. Er halte diese Maßnahme, so Herr Chmielewski, für sozial absolut unverträglich und verstehe die Unterstützung dieses Vorschlags durch die SPD-Fraktion nicht. In den vorbereitenden Haushaltsgesprächen sei immer die Auffassung vertreten worden, der Stellenplan biete keine Einsparmöglichkeiten mehr; jetzt werde auf Kosten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landkreises Friesland gespart. Eine Verschiebung von Stellenbesetzungen bedeute im Umkehrschluss, man erwarte, dass diese Arbeit von denselben Menschen erledigt würden, die auf Entlastung warteten. Ein solcher Beschluss könne nur gefasst werden, indem man die betroffenen Stellen detailliert festlege und kläre, ob eine Verschiebung vertretbar sei. Die Verwaltung sei überaus engagiert und verfüge nach seinem Kenntnisstand über keine personellen Ressourcen. Der Einsparbeschluss zum Stellenplan sei vor diesem Hintergrund nicht tragbar. Die Gruppe MMW/Die Linke werde den Haushalt 2014 ablehnen.

KTA Just erklärte, die BfB-Fraktion werde den Haushalt nicht mittragen, weil nicht genug gespart und getilgt werde. Die Absicht, die Tilgung nominell um 1 auf 2 Mio. Euro anzuheben, ändere daran nichts. Denn dafür solle in den Folgejahren lt. Schuldentilgungsplan die Tilgung entsprechend geringer ausfallen. Die Verschiebung von Ausgaben in die beiden Folgejahre bedeute naturgemäß, die Möglichkeiten der Tilgung in diesen Jahren zu schmälern.

BfB teile nicht die Auffassung von Frau Schlieper, dass man sich auf einem guten Weg befinde. Eine Tilgung von 9 Mio. Euro seit dem Jahr 2000 bedeute eine Quote von durchschnittlich 600.000 – 700.000 Euro jährlich. Bei einer Schuldenlast von seinerzeit 70 Mio. Euro werde die Schuldentilgung somit hundert Jahre betragen. Vier bis fünf Generationen würden für die Zukunft mit diesen Aufwendungen belastet.

Wegen der guten konjunkturellen Lage gebe es beste Voraussetzungen für eine höhere Tilgungsleistung. Der Landkreis habe die höchsten Einnahmen aus der Kreisumlage zu verzeichnen; nach wie vor gebe es rd. 5 Mio. Euro Einnahmen von der EWE. Dieser Spielraum müsse genutzt werden.

Besondere Kritik übe BfB aber an dem heute vorgelegten Schuldenplan, den man nicht als „Konzept“ bezeichnen könne. Der Plan sehe lediglich vor, soviel zu tilgen, wie übrig bleibe. Ein wirklicher Schuldentilgungsplan müsse vielmehr politische Ziele vorgeben, auf Nachhaltigkeit abstellen und künftige Generationen entlasten. Ferner sollte er darauf abzielen, bestehende Schulden innerhalb einer Generation, also innerhalb von 20 - 30 Jahren, zu tilgen. Je nach Konjunktur müsse in guten Zeiten mehr getilgt werden als in schlechten. Im Grunde müsse sich der Landkreis in einem Schuldentilgungsplan zum Ziel setzen, seine Schulden jährlich um durchschnittlich rd. 3 Mio. Euro zu senken – je nach Situation. Die auf Bundesebene beschlossene, ab 2018 greifende Schuldenbremse zeige, dass eine solche Vorgabe durchaus möglich sei. Der Landkreis müsse ein Pendant dazu schaffen.

KTA Harms stellte namens der Gruppe FDP-SWG-UWG-BBV/F fest, der Landkreis verfüge über mehr Einnahmen als erwartet, schiebe aber gleichwohl noch immer einen hohen Schuldenberg vor sich her. Hinzu kämen Liquiditätskredite in nicht unerheblicher Höhe, die ebenfalls zu bedienen seien. Für die Gruppe sei der

Schuldenabbau ein wichtiges Anliegen. Durch höhere Einnahmen der Gemeinden sei die Einnahme aus der Kreisumlage höher ausgefallen. Einige Kommunen hätten Probleme damit, einen Haushaltsausgleich zu erzielen. Ihnen gebe der Landkreis im Rahmen der Haushaltsgenehmigung auf, die Einnahmen zu optimieren und sparsame Ausgabenpolitik zu betreiben. Denselben Anforderungen müsse sich auch der Landkreis unterwerfen.

Vorschlag der Gruppe sei es, die Kreisumlage um einen Punkt zu senken und den Gemeinden mehr finanziellen Spielraum zu geben.

Das KGSt-Gutachten enthalte Einsparungs-Vorschläge, u. a. der Aufbau einer Feuerwehrtechnischen Zentrale gemeinsam mit Wilhelmshaven. In der letzten Bauausschuss-Sitzung aber sei eine Beschlussvorlage zur Sanierung der Feuerwehrtechnischen Zentrale in Jever mit rd. 2,8 Mio. Euro eingebracht worden. Es stelle sich die Frage, ob diese Beschlussfassung nicht überstürzt sei, wenn eine Kooperation oder Zusammenlegung mit Wilhelmshaven Einsparpotenzial bieten könne.

KTA Neugebauer dankte für die Erstellung des soliden ersten Haushaltsentwurfs. Kritik sei anzumerken hinsichtlich des Bestrebens von CDU, SPD und Grünen, Tilgungsleistungen zu verdoppeln und dem Haushalt damit einen eigenen Stempel aufzudrücken. Jetzt gingen Mittel dort verloren, wo es „weh tue“, denn zwei Drittel der zeitlich verschobenen Investitionen, nämlich über 650.000 Euro, seien dem Bereich Schule und Bildung zuzuordnen.

Kinder seien die Zukunft, Bildung sei das Erbe. Leistungen, die aufgrund des zurzeit billigen Geldes erbringbar seien, sollten in 2014 tatsächlich auch erbracht werden. In 2015 seien sämtliche Positionen voraussichtlich wieder teurer. Er bitte, so Herr Neugebauer, diese Ausgabenverschiebungen im Bereich Schule nochmals zu überdenken.

Der Haushalt sei im übrigen grundsätzlich zustimmungsfähig; die Fraktion „Zukunft Varel“ werde ihn mittragen.

KTA Böcker erklärte, er werde dem Haushalt zustimmen. Leider werde es trotz Mehreinnahme von 8 Mio. Euro keine Senkung der Kreisumlage geben. Erfreulicherweise erhalte aber die Stadt Varel für Projekte und Maßnahmen des öfteren Kreismittel, für die er sich ausdrücklich bedanke. So werde aktuell die Umgestaltung des Schlossplatzes bezuschusst. Trotzdem wäre eine Senkung der Kreisumlage gerade aus Varel's Sicht sehr begrüßt worden.

Herr Burgenger bekräftigte den gemeinsamen Willen von SPD/Grüne-Gruppe und CDU-Fraktion zum Schuldenabbau. Die unterbreiteten Vorschläge zur Verschiebung von Maßnahmen im Bereich des Stellenplans gingen keinesfalls zu Lasten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Man werde darauf achten, dass niemand arbeitsmäßig über Gebühr belastet werde. Es könne auch nicht die Rede davon sein, dass man zu Lasten der Bildung verschiebe: Die Sanierung einer Busfahrspur, die Gestaltung einer Außenanlage, die Sanierung eines noch intakten Daches, die Schaffung eines Aufzuges – seien keine Ausgaben für „Bildung“. Bedauerlich sei tatsächlich die Verzögerung der Herrichtung eines Fachunterrichtsraumes an der OS Jever um ein Jahr mit 140.000 Euro.

In den vergangenen 10 Jahren sei eine gute, verantwortungsbewusste Haushaltspolitik betrieben worden. Davor habe der Landkreis 10 Jahre lang auf

massiven Schuldenabbau gesetzt. In 2001 sei offenbar geworden, dass die Schulen dadurch baulich quasi zu „Ruinen“ geworden waren. - Mittlerweile befänden sie sich wieder in einem guten baulichen Zustand; auch in 2014 werde man noch 5 Mio. Euro in die Schulbausanierung investieren. - Dem von Frau Schlieper angesprochenen Listenplatz 30 in der pro-Kopf-Verschuldungsstatistik Niedersachsens müsse widersprochen werden, denn es seien auch Liquiditätskredite mit einzubeziehen. Auf Platz 18 der Verschuldungsliste stehe der Landkreis Lüchow-Dannenberg, weil nur die investiven Kredite zugrunde gelegt seien. An Liquiditätskrediten habe derselbe Landkreis aber 137 Mio. Euro zu verzeichnen! Bei Gesamtbetrachtung der Kredite verbessere sich Friesland dann auf Platz 20 von 38, liege also im Vergleich deutlich besser.

Der Haushalt 2014 sei mit Augenmaß aufgestellt; die Gruppe bitte um Zustimmung.

Ergänzend zu den von Herrn Neugebauer dargelegten Ausführungen erklärte Herr Funke, man habe bei der Bewertung des Haushaltsentwurfs auch den Aspekt der niedrigen Zinsen heran gezogen. Im Grunde sei es „Augenwischerei“, in 2014 höhere Beträge zu tilgen, dafür aber Projekte ins Jahr 2015 verschieben zu müssen.

Das Thema „Kreisumlage“ werde er bewusst heute nicht ansprechen; mit Sicherheit werde es aber im nächsten Jahr aufkommen. Dann werde die Diskussion um so schwieriger, wenn man die Umsetzung von Maßnahmen ins Jahr 2015 verschiebe und der finanzielle Spielraum enger sein werde.

Wenn beabsichtigt sei, mehr zu sparen und dadurch mehr zu tilgen, müsse auch konkret benannt werden, welche Projekte und Aufgaben dauerhaft nicht mehr gewollt seien. Andererseits werde von vornherein auch erklärt, keine Personaleinsparungen vornehmen zu wollen

Im Gegensatz zu anderen Gebietskörperschaften verfüge der Landkreis über keine Steuerhoheit; vielmehr sei er auf Zuweisungen sowie die Kreisumlage der Städte und Gemeinden angewiesen. Die von Herrn Just eingeforderte Schuldenbremse oder Schuldentilgungs-Beschleunigung sei daher nur zu verwirklichen, wenn festgelegt sei, an welchen konkreten Stellen man dauerhaft weniger Geld ausgeben werde. Wenn es dahingehend keine Vorschläge gebe, müsse man realisieren, dass Tilgungsleistungen und Schuldenabbau vergleichsweise lange Zeit in Anspruch nähmen.

Insgesamt gesehen könne man mit dem Haushaltsentwurf 2014 zufrieden sein. Er bitte aber darum, so Herr Funke, in 2014 genau zu prüfen, ob es angesichts der – im Vergleich zu Städten und Gemeinden besseren - finanziellen Situation des Landkreises nicht angebracht sei, die Kreisumlage um einen Punkt zu senken.

Kreistagsabgeordneter Ratzel führte aus, die Forderung nach einem Schuldentilgungsplan resultiere aus der Kreistagssitzung vom 17. Dezember 2012. Leider sei ein solcher Plan nicht bereits in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses vorgelegt worden. - Damals sei es allein um die Diskussion gegangen, wie man die von der EWE ausgeschütteten 5,8 Mio. Euro verwenden wolle. Davor habe der Betrag bei jeweils rd. 3 Mio. Euro gelegen. - Vor einem Jahr habe man – Herr Just habe sich ebenfalls angeschlossen – dafür plädiert, dieses Geld für die Schuldentilgung einzusetzen. Daher sei es enttäuschend, dass nun keine höhere Tilgung daraus erwachsen sei. Der Landkreis erhalte 3 Mio. Euro Mehreinnahmen aus der Kreisumlage, 5,8 Mio. Euro von der EWE und 1,2 Mio. Euro

mehr an Schlüsselzuweisungen. Vor diesem Hintergrund hätte mehr Tilgung möglich sein müssen als ursprünglich 1 Mio, jetzt 2 Mio. Euro.

Gleichwohl befinde man sich auf dem richtigen Wege. Die Mehrheitsgruppe habe „auf die Schnelle“ gemeinsam mit der Verwaltung 1 Mio. Euro mehr an Tilgung ermöglicht. Bei Vorlage des KGSt-Gutachtens habe der Landrat erklärt, die 2,6 – 3,6 Mio. Euro der jährlichen Unterdeckung im Falle einer Einkreisung wären relativ einfach zu kompensieren. Dann hätten auch jetzt mehr Tilgungsmittel freizusetzen gewesen sein müssen. - Auch eine Senkung der Kreisumlage wäre nach seiner Einschätzung, so Herr Ratzel, bei gutem Willen durchaus möglich gewesen.

Dem Haushalt 2014 werde er zustimmen.

KTA Just berichtete, in der Sitzung des Finanzausschusses sei er zur Benennung konkreter Einsparungsmöglichkeiten aufgefordert worden. Es sei aber Aufgabe der Verwaltung, im Rahmen des Schuldentilgungsplans das Ziel zu benennen und die Wege aufzuzeigen, wie eine Tilgung innerhalb eines überschaubaren Zeitraumes machbar sei. Als Kreistagsmitglied könne man zwar Vorschläge beisteuern, es fehle aber naturgemäß der Gesamtüberblick über alle Positionen und Problemlagen. Konsensfähig seien zudem eher Vorschläge der Verwaltung als Anregungen einzelner Fraktionen.

Nachdem in der Finanzausschusssitzung die zu geringe Tilgungsleistung angesprochen worden sei, habe die Verwaltung auf interne Anregung von SPD/Grüne-Gruppe und CDU innerhalb weniger Tage Vorschläge für eine Erhöhung der Tilgung um 1 Mio. Euro unterbreitet. Dies sei zwar ein „Schnellschuss“, im Grunde aber erkenne die Verwaltung ihre Aufgabe an.

In der Vergangenheit habe die BfB-Fraktion im übrigen bereits konkrete Einsparungsvorschläge unterbreitet: Streichung der Stelle der Klimaschutzbeauftragten, Verkauf von Anteilen an der Wohnungsbaugesellschaft, Verkauf von EWE-Anteilen usw. Auch diese Vorschläge hätten jedoch zu keinerlei Ergebnissen geführt. Daher sei nunmehr die Verwaltung gefordert.

Landrat Ambrosy erklärte, seit 2004 habe der Landkreis keine Schuldenbremse mehr nötig; insgesamt habe man seitdem bereits 12,1 Mio. Euro getilgt. Die heutige Zustimmung zum Haushalt voraus gesetzt bestehe in 2015 noch eine langfristige Verschuldung von 57,1 Mio. Euro.

Gemeinsam habe man in den vergangenen Jahren 90 Mio. Euro in die Schulbauten investiert; gleichzeitig seien – trotz im Grunde bestehender Zuständigkeit des Landes - auch Mittel für Sozialarbeiter bereit gestellt worden. Ferner sei der Personalschlüssel in den Schulen erhöht worden und die – vor allem technische – Ausstattung der Schulen sei erheblich verbessert worden. Ziel all dieser Bemühungen sei es, allen Schülerinnen und Schülern den Zugang zum höchstmöglichen Bildungsabschluss zu gewährleisten. Die Schulabbrecherquote sei von ursprünglich rd. 14 % auf nunmehr unter 1 % gesunken.

Bei Zusammenfassung der Mittel für die Bauunterhaltung der Schulen, die Ausstattung und die Personalkosten nehme der Schulbereich im Haushalt das größte Budget ein. In den meisten anderen Gebietskörperschaften Niedersachsens sei dagegen meistens der Bereich Soziales oder in Großstädten der Bereich Jugendhilfe der größte Ausgabeposten.

Er danke ausdrücklich für die Diskussion zum Thema „Tilgung“, so der Landrat. Dieses Anliegen habe man gemeinsam politisch in der Hand. Die Eigenkapitalquote des Landkreises sei vergleichsweise hoch. Im Zusammenhang mit der gewollten Schuldentilgung stelle sich zunächst die Frage nach der Gesamtbelastung. Bis 2020 schlage die Verwaltung 8 Mio. Euro Tilgung vor. Soweit machbar, werde man auch darüber hinaus gehende Tilgungsleistungen unterstützen. Gleichwohl werde man an beidem gemessen: Einerseits am Schuldenabbau, andererseits aber auch an der Gestaltung des gemeinsamen Lebensraumes. Gute Straßen beispielsweise seien als touristische Infrastruktur Teil der Wirtschaftsförderung. - Es gelte also das Sowohl als Auch: Mit hohen Investitionen den Landkreis zu stärken und gleichzeitig an der Schuldentilgung zu arbeiten. - Noch vor 10 – 12 Jahren wäre es undenkbar gewesen, dass wichtigster Streitpunkt im Zusammenhang mit dem Haushalt die Höhe der Tilgung sei. Insofern sei die heutige Diskussion sehr erfreulich.

Von Herrn Funke auf eine zukünftige Senkung der Kreisumlage angesprochen, verwies der Landrat auf die gelungene Entschuldung von 75 % für die Gemeinden Wangerooge und Wangerland. Auch die Situation der Stadt Varel habe man im Blick; es müsse gelingen, gemeinsam eine Lösung zu finden. Der Landkreis habe seine Entschuldungsleistung ohne Inanspruchnahme von Landesmitteln erbracht. Mit den Städten und Gemeinden werde man erörtern, wie ihre Haushaltsprobleme gemeinsam zu lösen seien. Das Thema Entschuldungshilfe für Städte und Gemeinden sollte gemeinsam dem Land gegenüber angesprochen werden.

Im Ergebnis der Beratung wurde wie folgt abgestimmt:

Beschluss:

a) zu TOP 6.2.5:

Der **Stellenplan** – sh. TOP 6.2.5 – des Landkreises Friesland für das Haushaltsjahr 2014 – mit gesonderter Ausweisung des in den Einrichtungen

- Volkshochschule und Musikschule Friesland – Wittmund
- Rettungsdienst Friesland
- Zweckverband Abfalldeponie Friesland/Wittmund
- Zweckverband Veterinäramt JadeWeser
- Zweckverband Leitstelle Friesland-Wilhelmshaven
- JadeBay GmbH

beschäftigten Personals des Landkreises wird in der der WTKF-Niederschrift vom 04.12.2013 beigefügten Fassung, aktualisiert um

a) eine Senkung der Gesamt-Personalkosten um 200.000,-- Euro auf 28.656.412,-- Euro sowie

b) Streichung einer Stelle nach Entgeltgruppe S 11

- entsprechend der Beschlussempfehlung des Kreisausschusses vom 11. Dezember 2013 - beschlossen.

b) zu TOP 6.2.6

Dem **Haushaltsplan 2014** (Ergebnis- und Finanzhaus) inklusive Stellenplan und Haushaltssatzung 2014 wird auf Basis der Beschlussempfehlungen des Kreisausschusses vom 11. Dezember 2013 (TOP 3.1.5 und 3.2.1) zugestimmt.

Die Haushaltssatzung wird in folgender Fassung verabschiedet:

Haushaltssatzung des Landkreises Friesland für das Haushaltsjahr 2014

Auf Grund des § 112 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes hat der Kreistag des Landkreises Friesland in der Sitzung am 16. Dezember 2013 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014 wird

1. im **Ergebnishaushalt**
mit dem jeweiligen Gesamtbetrag
 - 1.1 der ordentlichen Erträge auf **163.988.424 Euro**
 - 1.2 der ordentlichen Aufwendungen auf **163.988.424 Euro**
 - 1.3 der außerordentlichen Erträge auf **0 Euro**
 - 1.4 der außerordentlichen Aufwendungen auf **0 Euro**

 2. im **Finanzhaushalt**
mit dem jeweiligen Gesamtbetrag
 - 2.1 der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit **157.143.304 Euro**
 - 2.2 der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit **152.666.501 Euro**

 - 2.3 der Einzahlungen für Investitionstätigkeit **1.460.750 Euro**
 - 2.4 der Auszahlungen für Investitionstätigkeit **7.727.700 Euro**

 - 2.5 der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit **922.487 Euro**
 - 2.6 der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit **2.967.641 Euro**
- festgesetzt.
- Nachrichtlich: Gesamtbetrag
- | | |
|---|------------------|
| - der Einzahlungen des Finanzhaushaltes | 159.476.541 Euro |
| - der Auszahlungen des Finanzhaushaltes | 163.811.842 Euro |

§ 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf **922.487 Euro** festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf **1.400.000 Euro** festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2014 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf **20.000.000 Euro** festgesetzt.

§ 5

Der Umlagesatz der Kreisumlage wird auf **52 %** der Steuerkraftmesszahlen und der Gemeindeschlüsselzuweisungen festgesetzt.

Jever, den 16.12.2013

LANDKREIS FRIESLAND

(Ambrosy)
Landrat

Abstimmungsergebnis:

mehrheitliche Zustimmung zu a) und b)
bei 35 Ja-, 4 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen

TOP 6.2.6.1 Jahresabschluss 2012 der Gesellschaft zur Förderung der Ansiedlung von Unternehmen im Landkreis Friesland (GzF); Verlustausgleich für das Wirtschaftsjahr 2012 (WTKF 04.12.) Vorlage: 0394/2013

Gemäß Empfehlung des Kreisausschusses – TOP 3.1.5.1. der Niederschrift vom 11.12.2013 – beschloss der Kreistag wie folgt:

Beschluss:

Der Gesellschaft zur Förderung der Ansiedlung von Unternehmen wird ein Zuschuss als Ausgleich für den im Jahr 2012 entstandenen Verlust in Höhe von 36.000 Euro gewährt. Der Betrag ist im Haushaltsjahr 2014 zusätzlich einzuplanen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 6.2.7 KGSt-Gutachten Wilhelmshaven-Friesland;
hier: Grundsatzbeschluss (WTKF 04.12.)
Vorlage: 0390/2013**

Namens der Gruppe SPD-Bündnis 90/Die Grünen erklärte Frau KTA Schlieper, man trage eine große Verantwortung dafür, was zukünftig die Bedeutung des Begriffs „Region“ ausmache. Eine Region müsse so aufgestellt sein, dass für die Verwaltungsstruktur so viel Geld wie notwendig, aber so wenig wie möglich ausgegeben werde.

Es gelte der demografischen Entwicklung Rechnung zu tragen. Daher müsse man sich darüber Klarheit verschaffen, wie die Region zukünftig organisiert sein solle und wie möglichst viel Geld verfügbar bleibe für wichtige Investitionen. Den Bürgerinnen und Bürgern sei man verpflichtet, politisch weit in die Zukunft zu schauen. Für eine solche Diskussion sei es erforderlich, Kooperationsmöglichkeiten mit den Nachbarkommunen und -landkreisen auszuloten. Der Landkreis bzw. Landrat Ambrosy sei auch in der Vergangenheit immer wieder Motor entsprechender interkommunaler Zusammenarbeit gewesen. Etliche Projekte seien inzwischen erfolgreich etabliert.

Ehrlicherweise müsse man eingestehen, dass in den letzten Jahren aber kaum Anschub zu weiterer Kooperation gekommen sei, weil jede Kommune mit ihren eigenen Problemen befasst gewesen sei. Der Antritt von Stadt Wilhelmshaven und Landkreis Friesland, gemeinsam eine Entschuldungshilfe durch das Land Niedersachsen zu beantragen, mache Sinn. Seinerzeit habe man parallel beschlossen, ein Gutachten erstellen zu lassen, das umfassend die strukturellen und finanziellen Folgen einer Einkreisung darstelle. Eine Einkreisung erfordere die gleichermaßen bejahende Einstellung sowohl des Einzukreisenden als auch des „aufnehmenden“ Partners. Beide Seiten müssten vertrauensvoll mit dem Thema umgehen und gemeinsam Möglichkeiten intensiver Zusammenarbeit ausloten.

In der Realität sei aber festzustellen, dass die Reaktionen diesbezüglich doch sehr unterschiedlich seien: Die politischen Beschlüsse Wilhelmshavens seien noch nicht bekannt, man empfangt jedoch tendenzielle Signale aus dem Rathaus. Nach allen bisher bekannten Verlautbarungen sei davon auszugehen, dass der Stadtrat Wilhelmshaven sich gegen eine Einkreisung in den Landkreis Friesland aussprechen werde. Vor diesem Hintergrund gelange die Gruppe SPD-Bündnis 90/Die Grünen zu dem Schluss, dass das momentane Klima nicht dafür spreche, dass eine Einkreisung gewünscht sei.

Trotzdem bestehe die Verantwortung, sich für die Zukunft richtig aufzustellen. Deswegen spreche sich die Gruppe gemäß Beschlussvariante B) für eine interkommunale Zusammenarbeit zwischen Wilhelmshaven und Friesland aus. Während der Erstellung des KGSt-Gutachtens habe sich gezeigt, dass auf den Fachebenen geringe Hemmschwellen bestünden und gut zusammen gearbeitet werde. Diesen regen Austausch gelte es weiterzuentwickeln mit der Zielsetzung, im Interesse der Region Verbesserungen gegenüber dem bisherigen Status der Kooperation zu erzielen.

Landrat Ambrosy teilte mit, er habe vor wenigen Minuten – um 15.11 Uhr - eine SMS von Herrn Oberbürgermeister Wagner aus der Wilhelmshavener Finanzausschuss-Sitzung erhalten, in der lediglich „B“ mitgeteilt werde. - Die große Wilhelmshavener Koalition von SPD und CDU habe somit, so Landrat Ambrosy und

Kreistagsvorsitzender Pauluschke, der Beschlussvariante B) zugestimmt. - Landrat Ambrosy bat darum, sich vor diesem Hintergrund mehr auf die inhaltliche Diskussion zu konzentrieren.

Herr Pauluschke bat darum, diese aktuelle Information aus Wilhelmshaven im Rahmen der weiteren Diskussion und Entscheidungsfindung zu berücksichtigen.

KTA Chmielewski kritisierte, dass der weitere Sitzungsverlauf des Kreistages durch die Information aus dem Wilhelmshavener Fachausschuss beeinflusst werde. Nach wie vor baue er darauf, durch seine Ausführungen davon überzeugen zu können, dass man anders vorgehen müsse.

Es sei ein Unding, dass der Oberbürgermeister eine Information aus nichtöffentlicher Kreisausschuss-Sitzung heute in der Presse preis gebe. Umgekehrt stelle sich die Frage, wie eine solche vertrauliche Information an die Stadt Wilhelmshaven gelange.

Die Darstellung von Frau Schlieper halte er, so Herr Chmielewski, für sachlich nicht ganz richtig: Als seinerzeit das Hesse-Gutachten vorgestellt worden sei, habe auf breiter Front Ablehnung gegen die darin enthaltenen Vorschläge bestanden. Damals habe er angeregt, das Land zu bitten, ein entsprechendes wie das jetzt vorliegende Gutachten zu finanzieren, um den Kreistag von den Vorteilen einer Einkreisung zu überzeugen. Damals sei sein Antrag nicht weiter verfolgt worden. Nur auf einer soliden Datenbasis aber lasse sich eine solche Entscheidung überhaupt fällen.

Vor gut einem Jahr habe man sich mehrheitlich entschlossen, auf eigene Kosten ein entsprechendes Gutachten in Auftrag zu geben, das Einkreisung und interkommunale Zusammenarbeit mit ihren finanziellen Folgen aufzeige. Die Wilhelmshavener Gremien hätten einen entsprechenden Beschluss zur finanziellen Beteiligung am KGSt-Gutachten gefasst, gleichzeitig aber signalisiert, dass man eine Einkreisung im Grunde nicht wolle. Vor diesem Hintergrund habe das Ganze nur viel Zeit und Geld gekostet.

Das erarbeitete Datenmaterial lasse keinen Zweifel daran, dass eine Einkreisung ein gangbarer Weg sei. Für den neuen großen Landkreis würde ein jährliches Defizit von voraussichtlich 2 Mio. Euro entstehen. Das entspräche bei einem gemeinsamen Haushaltsvolumen von insgesamt 180 – 190 Mio. Euro etwa 1 %. Der Landrat habe zu Recht signalisiert, diese Unterdeckung lasse sich in den Griff bekommen, zumal die Vorteile einer Einkreisung kostenmäßig nur angedeutet, nicht aber zahlenmäßig errechnet worden seien. Überall gebe es Kooperationsmöglichkeiten und bessere Zusammenarbeit, die man strukturell in den Finanz-, Wirtschafts- und Stellenplan einfließen lassen könne.

Der Landkreis Friesland sei einer der kleineren Landkreise in Niedersachsen. Es werde sehr schwer, seinen Forderungen entsprechenden Nachdruck zu verleihen, wenn man den Kreis und damit die Einwohnerzahl nicht vergrößere. Stattdessen gehe man das Risiko ein, in Bedeutungslosigkeit zu verfallen. Insofern müsse der Beschluss A) gefasst werden.

Die bei der Präsentation des Hesse-Gutachtens avisierte „Hochzeitsprämie“ des Landes dürfe bei der Beschlussfassung keine Rolle spielen. Sehr wohl von Interesse sei aber die dahinter verborgene „Drohung“, zu einer Zusammenlegung von Landkreis und Stadt werde es auf jeden Fall kommen. Wenn heute die von der Mehrheitsgruppe empfohlene Beschlussvariante B) verabschiedet werde, seien die Gutachten-Kosten von ca. 65.000 Euro vergebens gewesen. Die Chance, eine

Einkreisung aus eigenem Antrieb zu initiieren, werde vertan. Mit Beschluss A) würde nicht automatisch die Einkreisung Wilhelmshavens beschlossen, denn man vertrete nur die Interessen der Friesländer Bürgerinnen und Bürger. Die Wilhelmshavener Beschlussfassung bleibe zunächst außen vor.

Die aktuelle Beschlussfassung im Wilhelmshavener Fachausschuss sei logisch erklärbar; denn der Wilhelmshavener Zeitung sei heute bereits zu entnehmen gewesen, was beschlossen werde. - Mit dem Bekanntwerden des Kreisausschuss-Votums habe man den Wilhelmshavenern die Entscheidung quasi aus der Hand genommen.

Trotz der Beschlusslage in Wilhelmshaven beantrage er, so KTA Chmielewski, die Beschlussvarianten A) und B) getrennt von einander zur Abstimmung zu stellen. Es dürfe niemand aus der Verantwortung genommen werden, sich zur größeren Lösung A) – Einkreisung – zu erklären. Für ihn persönlich sei die Einkreisung ein gangbarer Weg; vorstellbar sei nach seiner Auffassung auch, dass Wilhelmshaven seine Entscheidung überlege, wenn der Kreistag sich heute doch für A) entscheide.

Kreistagsvorsitzender Pauluschke erklärte, der Landrat habe dem Kreistag den Inhalt der SMS nach vorheriger Abstimmung mit ihm mitgeteilt. Diese aktuelle Information sei richtig und notwendig, weil man sonst eine Scheindebatte führe und man sich dem Vorwurf ausgesetzt hätte, dem Kreistag die neue Sachlage vorenthalten zu haben.

Selbstverständlich stimme der Kreistag heute über den Beschlussvorschlag des Kreisausschusses unter A) und B) ab. Wenn jemand einen weitergehenden Antrag stellen wolle, so sei dies selbstverständlich möglich.

Kreistagsabgeordneter Vehoff bat um eine Sitzungsunterbrechung, um der CDU-Fraktion eine interne Verständigung über die aktuelle Information aus Wilhelmshaven zu ermöglichen. Seinem Antrag wurde nachgekommen.

– Die Sitzung wurde für wenige Minuten unterbrochen. -

Kreistagsabgeordneter Funke erklärte nach Wiederaufnahme der Sitzung, die heutige Beschlussfassung des Wilhelmshavener Fachausschusses sei zu erwarten gewesen. Es sei klar, dass Wilhelmshaven einer Einkreisung unter Aufgabe der eigenen Kreisfreiheit nicht zustimmen werde. Diese Haltung entspreche auch allen Erfahrungen aus 40 Jahren an Gebietsreformen unterschiedlichster Art. Die Haltung der Stadt Wilhelmshaven habe sich im Kern nie geändert; dies sei auch den Aussagen z. B. der Amtsleiter zu entnehmen.

Der heutigen Zeitung sei zu entnehmen, dass Wilhelmshaven selbstverständlich „ergebnisoffen“ (!?) davon ausgehe, dass der Kreissitz nach Wilhelmshaven verlegt werde. Aus dortiger Sicht sei dieses Anliegen verständlich.

Vor diesem Hintergrund werde deutlich, dass nur beschlossen werden könne, zukünftig mehr auf Zusammenarbeit und Kooperation zu setzen. Die Definition der Kreisausschuss-Empfehlung, man halte die Einkreisung der Stadt Wilhelmshaven für „geboten“, sei insofern nicht angebracht, denn Ausschlag gebend sei, dass der einzukreisende Partner diese Einkreisung auch wolle.

Nach seiner Einschätzung, so Herr Funke, diene das KGSt-Gutachten vor allem als Basis, um ggf. Strukturmittel beantragen zu können. Insofern seien die entstandenen

Kosten sicherlich nicht vergebens. Als Grundlage für einen tatsächlichen Zusammenschluss von Wilhelmshaven und Friesland habe er das Gutachten dagegen nie betrachtet.

In der Bevölkerung sei das Meinungsbild zum Thema Einkreisung sehr unterschiedlich. Während im Nordkreis durchaus auch positive Stimmen zu vernehmen seien, bestünden im Südkreis überwiegend Bedenken und Ablehnung. Überhaupt sei es problematisch, wenn das Denken der Bevölkerung in solchen Grundsatzfragen nicht ausreichend bei der Entscheidungsfindung Berücksichtigung finde.

Die Kooperationen sollten sowohl in Richtung Wilhelmshaven als auch Wittmund und Wesermarsch ausgedehnt und vertieft werden. Auch die Zusammenarbeit mit diesen kommunalen Nachbarn sei wichtig.

Man habe bereits Erfahrungen mit einer „von oben“ verordneten Gebietsreform gemacht. Damals seien die symbolische Streitaxt geschwungen und symbolische Särge als Zeichen des Protestes getragen worden. Bürgerinnen und Bürger seien per Bus nach Hannover gefahren und hätten ihren Widerstand zum Ausdruck gebracht. - Aus dieser Erfahrung lasse sich ablesen, dass das Echo geplanter Entscheidungen in der Bevölkerung von großer Bedeutung sei. Insofern halte er, so Herr Funke, es für notwendig, zur Frage der Einkreisung eine Befragung der Bürgerinnen und Bürger durchzuführen. Ein Gutachten sei zwar eine sehr rationale Basis. Ein Gebietszusammenschluss aber sei, wenn man die Identität der Bevölkerung bewahren wolle, bei weitem keine rationale, sondern eine vielmehr emotionale Angelegenheit.

Der Beschlussvariante B) könne man zustimmen. - Seine Bitte, so Herr Funke, sei aber, nicht euphorisch Dinge anzugehen, sondern zunächst zu klären, welche realen Verwirklichungsmöglichkeiten bestünden, wenn man das Umfeld dazu befrage. Im Ansatz dieser Diskussion sei das versäumt worden.

Kreistagsvorsitzender Pauluschke erklärte, vor ca. 1,5 Jahren habe man sich die Fiktion einer engeren Zusammenarbeit bis hin zur Einkreisung als Vorschlag der Hauptverwaltungsbeamten Frieslands und Wilhelmshavens erläutern lassen; beide Fallvarianten seien demnach auch von dort in Betracht gezogen worden.

KTA Ratzel erklärte, ein Zusammenschluss von Friesland und Wilhelmshaven hätte die gute Möglichkeit geboten, erheblich Schulden abzubauen und die Region voran zu bringen. Die grundsätzlich gute Idee sei so klein geredet worden, dass sie in der Bevölkerung inzwischen kaum noch zu vermitteln sei. Somit kehre man zurück zur „Kirchtumpolitik“. In der Zusammenarbeit mit Wilhelmshaven habe es in der Vergangenheit leider des öfteren Probleme gegeben (Metro-Ansiedlung in Roffhausen, Beteiligung am JWPark, Windmühlen an der Grenze zu Schortens, Zusammenarbeit der Kliniken).

Wilhelmshaven wolle seine Kreisfreiheit nicht aufgeben. In einem gemeinsamen Kreistag stelle Wilhelmshaven eine Großzahl von Kreistagsabgeordneten. Die Interessen der Stadt hätten somit bei allen Entscheidungen großes Gewicht. Bei Verzicht auf eine Einkreisung sei keine Entschuldung in Sicht bzw. langfristig die Einsetzung eines Kommissars zu erwarten. Wer 35 Mio. Euro Entschuldung ablehne, müsse sich erklären, wie ein Schuldenabbau funktionieren solle.

Friesland komme gut klar, auch wenn es nicht zur Einkreisung und Entschuldung komme. Zukünftig gelte es aber auch Kooperationen Richtung Wesermarsch und Ammerland zu verstärken und mehr Zusammenarbeit im Oldenburger Land zu suchen. Irgendwann werde man durch eine Kreisreform vor vollendete Tatsachen gestellt.

Beschlussvariante B) sei eine Selbstverständlichkeit, die im Grunde keiner Beschlussfassung bedürfe. Man wolle dem Land gegenüber zu verstehen geben, dass die Einkreisung Wilhelmshavens nicht an Friesland scheitere und man im Vorfeld alles für eine entsprechende Beschlussfassung getan habe. Dabei hoffe man darauf, in Anerkennung dieser Bemühungen entlastende Landesmittel zu erhalten. - Vor diesem Hintergrund sollte die Tür nicht zugeschlagen, sondern für eine Einkreisung votiert werden. In Wilhelmshaven habe heute lediglich der Fachausschuss ein Votum abgegeben; die Beschlussfassungen von Verwaltungsausschuss und Rat stünden noch aus. Er plädiere dafür, so Herr Ratzel, der Beschlussvariante A) – Einkreisung – zuzustimmen.

Kreistagsabgeordneter Vehoff bezog sich auf den Antrag auf Verschiebung der heutigen Entscheidung. Der Kreistag dürfe der Stadt Wilhelmshaven nicht vor der dortigen Entscheidung vorschreiben, ob es zu einer Einkreisung kommen werde. Nach der SMS aus Wilhelmshaven gehe die CDU-Fraktion davon aus, dass die dortige Beschlusstendenz vorgegeben sei. Vor diesem Hintergrund mache es keinen Sinn mehr, sich für die Variante A) zu entscheiden.

Aber auch mit der Variante B) sei die Fraktion nicht ganz glücklich. Schuldzuweisungen wie sie von Herrn Ratzel erhoben worden seien, sollte man sich heute ersparen. Die im Beschlussvorschlag zu B) enthaltene Formulierung *„Die Kreisverwaltung wird daher im Sinne der Beschlussvariante B) beauftragt, Verhandlungen mit der Stadt Wilhelmshaven aufzunehmen, um eine Vereinbarung zur Intensivierung der Interkommunalen Zusammenarbeit zunächst in den unter III. B genannten Prioritäten zu erarbeiten und den zuständigen Gremien zur Beschlussfassung in 2014 vorzulegen“* halte die Fraktion für zu diffus und weit gespannt formuliert.

Vielmehr gebe es konkret als aktuelle Projekte die Feuerwehrtechnische Zentrale und das Regionale Raumordnungsprogramm. Die CDU-Fraktion beantrage die Änderung der Beschlussfassung dahin gehend, dass dies die Prioritäten seien, in denen die Zusammenarbeit mit Wilhelmshaven gezielt intensiviert und auf den Prüfstand gestellt werden sollte. Sollte diesem Änderungswunsch nachgekommen werden, so sei ein breiter Konsens möglich; gleichzeitig sende man ein starkes Signal aus.

Kreistagsabgeordneter Lies widersprach den von Herrn Ratzel erhobenen Vorwürfen und Schuldzuweisungen; dies sei keine Basis für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit. Herr Funke habe durchaus Recht: Allein der Begriff „Einkreisung“ sei schwierig vermittelbar und wirke überheblich, wenn er auch formalrechtlich korrekt sei. Die Diskussionen zum Thema „Einkreisung“ gebe es zurzeit an vielen Orten Niedersachsens: In Helmstedt und Wolfsburg habe es dieselbe Debatte gegeben. Der Landkreis habe beschlossen, Wolfsburg einzukreisen, während Wolfsburg die Bildung einer großen selbständigen Stadt vorgeschlagen habe.

In Osterode habe man die Bevölkerung zum Zusammenschluss mit dem Landkreis Göttingen befragt. Die Mehrheit der Bürger habe zugestimmt.

Ob Wilhelmshaven und Friesland eine kommunale Einheit seien oder nicht, ändere nichts daran, dass jedem Bürger die Identität mit seinem Heimatort erhalten bleibe. Es stelle sich für ihn die Frage, so KTA Lies, ob es eine wahre Identität als „Friesländer“ tatsächlich gebe und ob man mit einer Einkreisung tatsächlich etwas aufgeben. Mutig wäre es gewesen, gemeinsam den Schritt zu wagen. - Nach dem heutigen Votum des Fachausschusses in Wilhelmshaven sei es jedoch richtig, sich für B) auszusprechen und keine Scheindebatte zu führen.

Seinerzeit habe auch der Wilhelmshavener Oberbürgermeister die Diskussion und Entscheidungsfindung zu Einkreisung bzw. Kooperation angestoßen. Aus dem Landtagswahlkampf habe man das Thema heraus gehalten. Es sei im Ergebnis erstaunlich, dass die Region in dieser Frage nun nicht soweit gekommen sei wie andere. In anderen Kommunen würden konsequente Entscheidungen getroffen. Es habe im Verlaufe der Monate leider keine Diskussion mit Blick nach vorne gegeben, der die Identitäten wahre. Vielmehr seien Themen wie der drohende Verlust des Wilhelmshavener Kfz.-Kennzeichens angesprochen worden – obwohl bundesweit der Trend bestehe, Kennzeichen zu erhalten oder sogar wieder einzuführen.

Die Beschlussvariante B) sei sachlich richtig, denn es gebe viele gemeinsame Themen wie die Regionalplanung. Das Oberzentrum Wilhelmshaven – leider mit einem Rückgang der Einwohnerzahlen bis 2030 um 15 % - verfolge eine Planung zur industriellen Weiterentwicklung seiner Gewerbegebiete, während der Landkreis mit seinen eigenen Planungen das Stadtgebiet quasi „umarme“. - Auf diesem Gebiet müsse zukünftig zwingend die Zusammenarbeit verstärkt werden.

Hinterfragt werden müsse auch, ob man die JadeBay wirklich „lebe“ und nach außen tatsächlich als starke Region wahrgenommen werde. Wilhelmshaven werde aus verschiedenen Gründen einer Einkreisung nicht mehr zustimmen. Nun gelte es an Beschluss B) festzuhalten und eine engere Zusammenarbeit zu praktizieren. Irgendwann werde sich voraussichtlich die Frage stellen, ob es Sinn mache, dass ein Kreistag und ein Stadtrat bzw. zwei Bauplanungsausschüsse neben einander Beschlüsse fassen oder ob man nicht eine starke Gemeinschaft hätte bilden können. Dann aber werde es keine 35 Mio. bzw. 9 Mio. Euro mehr als Entschuldungshilfe geben.

Es sei falsch, eine Einkreisung des Geldes wegen zu beschließen, andererseits könne diese gute Gelegenheit für eine Entschuldung nicht völlig ausgeblendet werden. Im zurückliegenden Diskussionsprozess sei Vieles sicherlich zu emotional bewertet worden; eine Versachlichung wäre von Vorteil gewesen. Würde man die Bürgerinnen und Bürger in Wilhelmshaven und Friesland zu einer Einkreisung befragen, so sei aus seiner Sicht, so KTA Lies, der Ausgang nicht von vornherein eindeutig. Ein großer Teil auch der Wilhelmshavener Bevölkerung hätte sicherlich auch mit einer Einkreisung gut leben können. Und ob der Landkreis als Institution für die Menschen eine tatsächlich maßgebende und heraus ragende Bedeutung habe, sei ebenfalls nicht eindeutig. Hätte man die Folgen einer Einkreisung in der Öffentlichkeit sachgerecht dargestellt, wäre eine breite Unterstützung in der Bevölkerung möglich gewesen.

Vorwürfe Richtung Wilhelmshaven jedenfalls seien jetzt fehl am Platz. Den heutigen Stand der Dinge müsse man als Misserfolg werten, nachdem man mit positivem Ansatz gestartet sei und viel diskutiert habe. Bei einem Blick auf die Karte werde deutlich, dass es hier an der Küste durchaus eine „schlagkräftige Einheit“ gebe, die an vielen Stellen zusammen arbeite. - Es gelte unbedingt zu vermeiden, dass beide Seiten sich nun sperrten und diese Kooperation zukünftig abbauten. Wilhelmshaven

und Friesland sollten sich die Hand reichen in der Gewissheit, dass man einen guten Versuch unternommen habe, der leider nicht zu einem optimalen Ergebnis geführt habe. Kooperation müsse aber mehr als bisher voran gebracht werden. Im Interesse von Förderungs- und Entwicklungsmöglichkeiten der Region durch Landes- und EU-Mittel müsse allen daran gelegen sein, sich gemeinsam stark aufzustellen. Das interkommunale Gewerbegebiet JadeWeserPark sei ein Beispiel dafür, dass man nur Erfolg habe, wenn diese Gemeinsamkeit praktiziert werde. An Wilhelmshaven gehe daher an dieser Stelle der Appell, sich konstruktiv mit Friesland an einen Tisch zu setzen und nach gemeinsamen Wegen zu suchen. Die Region werde sonst Schaden nehmen und im Wettbewerb in Niedersachsen nicht optimal aufgestellt sein.

Kreistagsabgeordneter Just erklärte, er werde keiner der vorgeschlagenen Beschlussvarianten zustimmen. Die Verstärkung der Kooperation gemäß B) sei eine Selbstverständlichkeit. Die für das Gutachten verauslagten Kosten von mehr als 120.000 Euro seien die Sache nicht wert. Das Thema sei von der falschen Seite aufgezo-gen worden.

Im Grunde hätte man die Frage beantworten müssen, welche Vorteile die Bevölkerung in Friesland und Wilhelmshaven vor allem von einer Einkreisung zu erwarten hätte. In Verbindung damit hätte es die Perspektive geben müssen, dass die Bürgerinnen und Bürger auch darüber hätten abstimmen können. Möglicherweise hätte es dann einen vernünftigen Meinungsbildungsprozess gegeben. Tatsächlich aber sei das Verfahren „von oben“ eingeleitet worden und habe zu wechselseitigen Herabsetzungen geführt in den Rats- und Kreistagsgremien sowie in der Öffentlichkeit. Die nun anstehende Beschlussvariante B) stelle – wie von Herrn Lies angesprochen – einen Misserfolg dar. Letztlich sei mehr kaputt gemacht worden als geschaffen worden sei.

Die Entscheidung A) zugunsten einer Einkreisung könne nur durch die Bevölkerung getroffen werden. Insofern sei das in Osterode praktizierte Beteiligungsverfahren zu begrüßen.

KTA Chmielewski stellte fest, letztlich verwende man in der Diskussion falsche Begriffe. Es sei die Rede von einer „Einkreisung“; sachlich sei dies korrekt, aber damit werde suggeriert, dass der Kreis Friesland bestehen bleibe und man Wilhelmshaven „aufsauge“. Im Grunde aber entstehe ein neuer großer Kreis mit veränderter Zusammensetzung des Kreistages. Die Partner aber hätten sich über dieselben Aufgaben (Einzelentscheidungen, strukturelle Fragen) zu verständigen wie es auch jetzt geschehe. Gerade in Wilhelmshaven sei dies nicht entsprechend vermittelt worden. Die Stadt gäbe lediglich Aufgaben an eine neue Gebietskörperschaft ab. In der Presse hätte dieser Aspekt deutlicher hervor gehoben werden sollen, um auch keine Ängste in der Bevölkerung zu schüren.

Nach wie vor halte er, so KTA Chmielewski, die Einkreisung bzw. Bildung eines neuen Kreises für eine wesentlich schlagkräftigere und in die Zukunft gerichtete Lösung. Die Region müsse langfristig im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger bezahlbare Strukturen schaffen.

Es sei in den vergangenen Monaten zu viel über einander statt mit einander gesprochen worden. Durch mehr Miteinander hätten möglicherweise auch Ratsmitglieder der Stadt Wilhelmshaven erreicht werden können. Der Landkreis Friesland könne und sollte sich in der Diskussion ausschließlich mit seinen eigenen Problemen befassen.

Herr Chmielewski **beantragte**, auf jeden Fall zuerst über die Beschlussvariante A) Einkreisung zu entscheiden. - In Wilhelmshaven gebe es derzeit noch keinen endgültigen Beschluss. Der Kreistag Friesland schlage aber mit einer Beschlussfassung zu B) heute endgültig die Tür für eine Einkreisung zu.

Er plädiere dafür, der Kreistag sollte einen starken Beschluss fassen und sich für A) als durchaus denkbaren Weg entscheiden. Eine entsprechende Aussage habe es in den Kreisgremien allerdings nie gegeben. Die klare Meinung der Mehrheitsgruppe, wie sie zu einer Einkreisung stehe, sei im Verlaufe der Diskussion nicht deutlich geworden.

Landrat Ambrosy bestätigte den von Herrn Funke heran gezogenen Vergleich, eine Hochzeit ohne Partner sei keine Hochzeit. Gäbe es für A) eine Mehrheit, so würde man genau dieses falsche Signal aussenden. Es gehe nicht an, einen potenziellen Partner mit einer solchen Entscheidung zu bedrängen.

Die Landeshauptstadt Hannover sei früher kreisfrei gewesen und sei dem Landkreis Hannover beigetreten; das neue Gebilde sei die „Region Hannover“. - Jedem sei klar, welche Erwartungen und Möglichkeiten er sich, so der Landrat, von der heutigen Entscheidung ursprünglich versprochen habe. Basis seien aber die Verhandlungen beider Partner. Die Rechtsform spiele letztlich keine Rolle, wenn es das Ziel sei, mehr Region zu schaffen. Er appelliere daher daran, nicht das Trennende zu betonen.

Möglicherweise werde eine Entscheidung zugunsten einer Kooperation als ein Nein zu einer Einkreisung gewertet werde; das sei es jedoch nicht. Er hätte sich mehr Dialog in der Sache in den vergangenen Monaten gewünscht.

Nunmehr gelte es eine konkrete Aussage zu treffen, was genau man jetzt im Rahmen der Beschlussvariante B) von der Verwaltung erwarte. Er bitte um einen entsprechenden Auftrag des Kreistages.

In der interkommunalen Zusammenarbeit habe man bereits 24 Projekte umgesetzt, in den letzten Jahren sei aber nichts Neues hinzu gekommen. Der Kreistag möge nun beschließen, welche Themen man verstärkt angehen solle.

Hinsichtlich der Feuerwehrtechnischen Zentrale habe die Kreisverwaltung vor Erstellung der Beschlussvorlage selbstverständlich alle potenziellen Partner mehrmals nach Möglichkeiten einer Zusammenarbeit befragt. Dass in den dortigen Gremien andere Entscheidungen getroffen worden seien, habe man zu akzeptieren.

Das Nordwest-Krankenhaus Sanderbusch sei zu 80 % saniert; seit 1994 befinde man sich in den schwarzen Zahlen und stehe gut da. Ziel sei es, das Krankenhaus zu 100 % zu sanieren. Dieses Anliegen wolle er, so der Landrat, sich nicht vorwerfen lassen; er bitte vielmehr um Akzeptanz.

Aus einem Nein zur Einkreisung ergebe sich die Möglichkeit, über Alternativen zu reden und Neues entstehen zu lassen. - Er plädiere sehr dafür, dass die heutige Entscheidung zu einem „Frühling“ in den weiteren Beziehungen zwischen Friesland und Wilhelmshaven führe. Die Region habe Potenzial, das es zu heben und im Wettbewerb mit anderen Regionen zu nutzen gelte.

Die Chance bestehe darin, die Beschlussvariante B) mit Leben zu füllen und mit mehr Kooperation das Trennende zu beseitigen und das noch fehlende Vertrauen zu schaffen. Insofern bitte er für ein Votum für B), wohlwissend, dass eine gute Verhandlung über eine gemeinsame kommunale Zukunft Sinn gemacht hätte.

Nachdem feststehe, dass ein Zusammenschluss auf freiwilliger Basis offenbar nicht möglich sei, werde möglicherweise in einer nächsten Legislaturperiode von Hannover aus eine Lösung angestrebt, bei der man nicht mehr gefragt werde. Bis dahin gelte es die interkommunalen Projekte soweit wie möglich voran zu bringen.

Landrat Ambrosy bat darum, vor allem die Verwaltung darin zu unterstützen, in verschiedenen Bereichen verstärkt auf einander zuzugehen.

Auf Vorschlag von Herrn Kreistagsvorsitzenden Pauluschke beschloss der Kreistag einstimmig, nach Ausführungen der Herren Böcker und Vehoff die Rednerliste zu diesem Tagesordnungspunkt zu schließen.

KTA Böcker sprach sich dafür aus, Wege der zukünftigen Zusammenarbeit zwischen Wilhelmshaven und Friesland aufzuzeigen und die Kooperationen positiv zu begleiten. Es gehe darum, Probleme anzugehen und gemeinsam gute Lösungen zu finden.

KTA Vehoff bekräftigte, für die CDU-Fraktion sei es wichtig, heute ein Signal zu setzen, wo man die zukünftigen Schwerpunkte Friesland sehe. Das Regionale Raumordnungsprogramm habe absolute Priorität; hier müsse eine Zusammenarbeit gelingen. Daher **beantrage** er eine Änderung der Formulierung des Beschlussvorschlages dahingehend, das Regionale Raumordnungsprogramm als erste Priorität zu benennen und als Prüfstein dafür zu nehmen, wie ernst es der Stadt Wilhelmshaven mit einer Zusammenarbeit sei.

Landrat Ambrosy schlug vor, einen allgemeinen Beschluss zur Kooperation zu fassen und ergänzend insbesondere die Prioritäts-Themen Regionales Raumordnungsprogramm, Feuerwehrtechnische Zentrale und evtl. Krankenhäuser hervor zu heben. Wenn allerdings hinsichtlich der FTZ keine technische Kapazität im Landkreis Wittmund und in Wilhelmshaven bestehe, dann sei eine Kooperation auf diesem Gebiet nicht möglich. Die Verwaltung werde aber alle Hinweise aufnehmen und abarbeiten.

Kreistagsvorsitzender Pauluschke ließ sodann wie folgt abstimmen:

Beschlüsse:

1.

Abstimmung zu Beschlussvariante A gemäß Vorlage:

Die Stadt Wilhelmshaven wird als kreisangehörige Stadt in den Landkreis Friesland aufgenommen. Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Verhandlungen mit der Stadt Wilhelmshaven und dem Land Niedersachsen aufzunehmen und den zuständigen Gremien die ausgearbeiteten Entwürfe des Gebietsänderungsvertrages, des Zukunftsvertrages und der Konsolidierungsvereinbarungen zur Beschlussfassung in 2014 vorzulegen.

2.

Abstimmung zu Beschlussvariante B in der Fassung der Kreisausschuss-Sitzung vom 11. Dezember, ergänzt um die Hervorhebung der vom Kreistag erbetenen Prioritäten

Die Aufnahme der Stadt Wilhelmshaven als kreisangehörige Stadt in den Landkreis Friesland gemäß Beschlussvariante A) erscheint Kreistag und Verwaltung zwar geboten, jedoch in der Umsetzung nicht realisierbar.

Die Kreisverwaltung wird daher im Sinne der Beschlussvariante B) beauftragt, Verhandlungen mit der Stadt Wilhelmshaven aufzunehmen, um eine Vereinbarung zur Intensivierung der interkommunalen Zusammenarbeit zunächst in den unter III. B. der Vorlage, **insbesondere zu den Themen Feuerwehrtechnische Zentrale und Regionales Raumordnungsprogramm**, zu erarbeiten und den zuständigen Gremien zur Beschlussfassung in 2014 vorzulegen.

Abstimmungsergebnisse:

1.

zu Beschlussvariante A:

mehrheitliche **Ablehnung** bei
4 Ja-Stimmen, 34 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen

2.

zu Beschlussvariante B inklusive ergänzendem Zusatz (Prioritäten):

einstimmige Zustimmung bei 40 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen

**TOP 6.2.8 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Teilhaushalt 51 (Jugend, Familie, Schule und Kultur) - WTKF 04.12.
Vorlage: 0392/2013**

Gemäß Empfehlung des Kreisausschusses – TOP 3.1.7 der Niederschrift – beschloss der Kreistag wie folgt:

Beschluss:

Der Leistung überplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen im Budget des Fachbereichs 51 (Jugend, Familie, Schule und Kultur) in Höhe von 98.900 € wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 6.2.9 Wirtschaftsförderung - Verlängerung des Gültigkeitszeitraumes der Richtlinie des Landkreises Friesland zur Förderung von kleinen Unternehmen
Vorlage: 0395/2013**

In Übereinstimmung mit dem Kreisausschuss – TOP 3.1.8 – fasste der Kreistag folgenden

Beschluss:

Der Verlängerung des Gültigkeitszeitraumes der Richtlinie bis zum 30.06.2014 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei 1 Enthaltung

**TOP 6.2.10 Übernahme der Aufgaben nach dem SGB XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz von der Stadt Schortens auf den Landkreis Friesland; Aufhebung der Heranziehungssatzungen
Vorlage: 0351/2013**

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.1.9 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 11. Dezember 2013 zur Kenntnis. - Kreistagsabgeordneter Chmielewski bat um Absetzung des Beschlusses; man möge überdenken, ob die Empfehlung wirklich im Interesse der Bürger bzw. Leistungsbezieher sei. Nachdem zunächst die Gemeinde Wangerland die Aufgabenwahrnehmung abgegeben habe, sei nun ein Antrag der Stadt Schortens mit derselben Zielrichtung erfolgt. Vorgeschlagen werde nun ein genereller Aufgabenübergang auf den Landkreis, obwohl sich mindestens zwei Kommunen - zu Recht - dagegen aussprechen. Denn im Grunde sei alles Handeln auf mehr Bürgernähe und Nahversorgung ausgerichtet. Wenn der Landkreis die Aufgabe auf Wunsch von Kommunen an sich ziehe, sei das legitim. Für Schortens lasse sich dieser Schritt wegen der Nähe zu Jever auch praktizieren. Andererseits dürfe sich die Stadt Schortens dadurch nicht einseitig zu Lasten der anderen Kommunen wirtschaftlich besser stellen. Der Landkreis müsse dann auch die übrigen Kommunen finanziell gleichstellen, indem sie entsprechende Fallpauschalen (jew. 388 Euro) erhielten.

Die vollständige Übernahme der Aufgaben auf den Landkreis sei kostentechnisch eine „Nullnummer“; alle Kosten verblieben beim Kreis. Im Gegenzug zerschlage man aber gute, gewachsene Strukturen, die bisher eine ortsnahe Ansprechfunktion gewährleisteten.

Er beantrage, so Herr Chmielewski, die Angelegenheit nochmals in Ruhe zu diskutieren und heute von der Tagesordnung abzusetzen.

Der Kreistag lehnte den Absetzungsantrag mehrheitlich bei 2 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung ab.

Gemäß Empfehlung des Kreisausschusses vom 11. Dezember 2013 fasste der Kreistag sodann folgenden ...

Beschluss:

1.

Dem Antrag der Stadt Schortens, von den übertragenen Aufgaben nach dem SGB XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) entbunden zu werden, wird mit Wirkung zum 1. Januar 2015 zugestimmt.

2.

Die Satzung des Landkreises Friesland über die Heranziehung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden zur Durchführung der dem Landkreis als örtlicher Träger der Sozialhilfe obliegenden Aufgaben nach dem Sozialgesetzbuch - Zwölftes Buch (SGB XII), zuletzt geändert durch die 2. Änderungssatzung vom 2. November 2011 und die Satzung des Landkreises Friesland über die Heranziehung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden zur Durchführung der dem Landkreis obliegenden Aufgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) vom 24. Juni 2009, zuletzt geändert durch die 1. Änderungssatzung vom 2. November 2011, werden zum 31.12.2014 aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitliche Zustimmung bei 5 Gegenstimmen und 1 Enthaltung

TOP 7 Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses

Über wichtige Beschlüsse war nicht zu berichten.

TOP 8 Anfragen zu den öffentlichen Punkten der Kreistagsausschüsse

TOP 8.1 Sitzung des Ausschuss für Umwelt, Abfall und Landwirtschaft vom 7. November 2013

TOP 8.2 Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 2. Dezember 2013

TOP 8.3 Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus, Kreisentwicklung und Finanzen vom 4. Dezember 2013

TOP 8.4 Sitzung des Ausschusses für Bauen, Feuerschutz und Mobilität vom 9. Dezember 2013

Keine.

TOP 9 Mitteilungen des Landrates

TOP 9.1 Jahresabschluss 2010

Landrat Ambrosy teilte mit, der Jahresabschluss 2010 belaufe sich lt. vorläufiger Ergebnisrechnung auf ein fortgeschriebenes Jahresergebnis von rd. – 1,429 Mio. Euro. In 2014 werde man diese Zahl konkretisieren und in Verbindung mit den Jahresabschlüssen 2011 und 2012 erörtern. - Die Zahlen zur vorläufigen Ergebnisrechnung 2010 sind beigefügt bzw. im KT-Informationssystem hinterlegt.

Der Kreistag nahm Kenntnis.

TOP 10 Anträge der Fraktionen, Gruppen und Kreistagsabgeordneten

TOP 10.1 Antrag der BfB-Fraktion auf freien und zu erleichternden Strandzugang

Kreistagsabgeordneter Just führte aus, die Gemeinde Wangerland habe ein Gutachten in Auftrag zur Frage „Strandgebühr“ in Auftrag gegeben. Im Ergebnis sei festgestellt worden, dass es aus mehreren Gründen für eine Strandgebühr keine Rechtsgrundlage gebe (Wegerecht / Baden und Wattwandern muss frei sein. / Der Strandzugang muss erleichtert werden.).

Die BfB-Fraktion vermute, dass daraufhin im Wangerland nun über Änderungen nachgedacht werde. Der Vorstoß von BfB ziele darauf ab, im Fachausschuss eine Diskussion darüber zu führen, welche Folgen sich aus dem Gutachten ziehen ließen. Denn demnach ergebe sich, dass der Landkreis als Vertreter seiner Bürger und als Aufsichtsbehörde verpflichtet sei, den gewohnheitsrechtlich freien Zugang zu schaffen, das Baden und Wattwandern frei zu geben und den Zugang zu den Stränden zu erleichtern.

Wenn das Wangerland einerseits berechtigt sei, einen Tageskurbeitrag zu erheben, andererseits aber gewährleistet sein solle, dass es in angemessenem Umfang einen entgeltfreien Strandzugang im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes gebe, müsse eine Kompromisslösung gefunden werden. Der Landkreis sollte sich in diese Kompromissfindung einschalten. Die BfB-Fraktion bitte um eine zeitnahe Sitzung des Umweltausschusses, damit man noch in die Diskussion eingreifen und mit dem Wangerland zu einer sachgerechten Lösung gelangen könne.

Kreistagsvorsitzender Pauluschke erläuterte die Möglichkeiten des weiteren Vorgehens: Nach seiner Auffassung handele es sich bei dem Inhalt des Antrages um eine reine Angelegenheit der Gemeinde Wangerland, für die der Kreistag nicht zuständig sei. Demnach käme lt. Geschäftsordnung ein Antrag auf Nichtbefassung in Betracht.

Alternativ könnte eine Verweisung des Antrages in den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Kreisentwicklung und Finanzen erfolgen, da nicht Belange des Umweltausschusses betroffen seien, sondern es um Tourismusangelegenheiten gehe.

Er stelle gemäß Geschäftsordnung den **Antrag auf Nichtbefassung** wegen Nichtzuständigkeit von Kreistag bzw. Landkreis.

Der Kreistag folgte dem Antrag auf Nichtbefassung mehrheitlich bei 5 Gegenstimmen und 3 Enthaltung.

TOP 11 Anfragen nach § 11 der Geschäftsordnung

Keine.

TOP 12 Anregungen und Beschwerden

TOP 12.1 Nachfrage von KTA Ratzel zum Thema "Resolution Betreuungsgeld"

KTA Ratzel bezog sich auf TOP 6.2.4 der öffentlichen Kreistagssitzung vom 17. Dezember 2012. Seinerzeit sei nach kontroverser Diskussion mehrheitlich eine Resolution zum Verzicht auf die Einführung des Betreuungsgeldes verabschiedet worden. Für ihn stelle sich nach Bildung der Großen Koalition in Berlin die Frage, ob diese Angelegenheit von der Mehrheitsgruppe weiterverfolgt werde.

Frau Schlieper stellte anheim, die FDP-Fraktion möge sich der Thematik annehmen.

Landrat Ambrosy erklärte, das Betreuungsgeld sei unabhängig von unterschiedlichen Meinungen beschlossene Sache. Von mehreren tausend Anspruchsberechtigten in Friesland habe man in 2013 mittlerweile nach seiner Kenntnis 37 Anträge erhalten. Die Eltern in Friesland nähmen offenbar doch eher die Betreuungs- und Bildungseinrichtungen in Anspruch als Betreuungsgeld zu beantragen.

Der Kreistag nahm Kenntnis.

- - - - -

Kreistagsvorsitzender Pauluschke schloss die öffentliche Sitzung mit einem Dank für die konstruktive Zusammenarbeit im Jahr 2013. Man habe ihm durch faire Diskussionen die Aufgabe als Vorsitzender leicht gemacht. Für diese Fairness danke er ausdrücklich. Allen Anwesenden und ihren Angehörigen wünsche er schöne Weihnachtsfeiertage und für das Jahr 2014 alles Gute und Erfolg.

Die Sitzung wurde um 17.17 Uhr geschlossen. Die Beratung wurde ab 17.22 Uhr in nichtöffentlicher Sitzung fortgesetzt.

gez. **Bernd Pauluschke**
Kreistagsvorsitzender

gez. **Sven Ambrosy**
Landrat

gez. **Gerda Gerdes**
Protokollführerin